



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

---

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

---

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

---

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

WIPO/UPOV/CE/I/3

Original: englisch

Datum: 13. November 1989



WELTORGANISATION FÜR  
GEISTIGES EIGENTUM



INTERNATIONALER VERBAND  
ZUM SCHUTZ  
VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

**SACHVERSTÄNDIGENAUSSCHUSS  
ÜBER DAS VERHÄLTNIS  
ZWISCHEN PATENTSCHUTZ UND SORTENSCHUTZ**

**Genf, 29. Januar bis 2. Februar 1990**

**ZUSAMMENFASSUNG DER BEIM INTERNATIONALEN BÜRO DER WIPO  
UND DEM BÜRO DER UPOV ZU DOKUMENT CAJ/XXIV/4  
EINGEGANGENEN STELLUNGNAHMEN**

vom Internationalen Büro der WIPO ausgearbeitet

1. Am 16. Juni 1989 übermittelten der Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und der Generalsekretär des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzensorten (UPOV) den Regierungen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, WIPO oder UPOV einen Memorandumsentwurf mit dem Titel "Das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz" (Dokument CAJ/XXIV/4, nachfolgend als "Memorandumsentwurf" bezeichnet), der vom Büro der UPOV in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Büro der WIPO ausgearbeitet worden war. Die erwähnten Regierungen wurden eingeladen, entweder dem Internationalen Büro der WIPO oder dem Büro der UPOV Kommentare zum Memorandumsentwurf einzureichen. Der Memorandumsentwurf wurde ferner an das Europäische Patentamt (EPA) mit der Bitte um Stellungnahme gesandt.

2. Beim Internationalen Büro der WIPO oder dem Büro der UPOV gingen zum Memorandumsentwurf Stellungnahmen von Behörden von vierzehn Staaten ein, und zwar vom Patent, Trade Marks and Designs Office Australiens, vom Plant Variety Rights Office Australiens, vom Institut für Erfindungen und Rationalisierungen Bulgariens, (gemeinsam) von dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft

und Forsten und dem Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland, vom nationalen Patent- und Registrierungsamt Finnlands, von der Ständigen Vertretung Kanadas beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, von der Ständigen Vertretung Mexikos beim Büro der Vereinten Nationen in Genf und bei den anderen internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz, vom Plant Variety Rights Office Neuseelands, vom Patentamt (Octrooiraad) der Niederlande, (gemeinsam) von dem Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei und dem Wirtschaftsministerium der Niederlande, vom Königlichen Aussenministerium Norwegens, vom Justizministerium Schwedens, von dem Register für gewerbliches Eigentum Spaniens, vom Bundesamt für geistiges Eigentum der Schweiz, vom nationalen Amt für Erfindungen Ungarns, vom Patent and Trademark Office der Vereinigten Staaten von Amerika sowie vom EPA.

3. In vorliegendem Dokument werden die hauptsächlichen Standpunkte zusammengefasst, die in den eingegangenen Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht worden sind. Wo das Dokument eine Stellungnahme einem Land zuschreibt, ist die Bezugnahme auf das Land als ein Hinweis auf die Behörde dieses Landes zu verstehen, die im vorangegangenen Absatz aufgeführt ist. Falls hingegen zwei Behörden des gleichen Landes unabhängig voneinander Stellung genommen haben (Australien und die Niederlande), wird die Behörde angegeben, die den hier zusammengefassten Standpunkt zum Ausdruck gebracht hat.

4. Im Gegensatz zu den Bemerkungen betreffend die im Memorandumsentwurf dargelegten Standpunkte und Vorgehensweisen werden nicht alle Einzelheiten der in den Stellungnahmen ausgedrückten Meinungen in diesem Dokument wiedergegeben, und zwar besonders wo diese Einzelheiten lediglich geltende nationale gesetzliche Bestimmungen betreffen. Den Teilnehmern der Tagung des Sachverständigenausschusses stehen auf Wunsch Kopien der Stellungnahmen zur Verfügung.

#### ZUM MEMORANDUMSENTWURF GEMACHTE ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

5. In den Stellungnahmen zur Frage der Nützlichkeit des Memorandumsentwurfs als einer Grundlage für künftige Diskussionen gaben Bulgarien, Mexiko, die Niederlande (Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei und Wirtschaftsministerium) und Ungarn ihrer Genugtuung über den Memorandumsentwurf als einer guten Grundlage für künftige Diskussionen über das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz Ausdruck. Demgegenüber meldeten Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, Norwegen, die Schweiz, die Vereinigten Staaten von Amerika und das EPA Vorbehalte in bezug auf die Zweckdienlichkeit des Memorandumsentwurfs als Grundlage für künftige Diskussionen mit der Begründung an, dass der Memorandumsentwurf dazu neige, das Sortenschutzsystem übermässig zu begünstigen, und dem Patentsystem allgemein und den Vorzügen des Patentschutzes insbesondere keine hinreichende Aufmerksamkeit schenke.

6. Die im vorangegangenen Absatz erwähnten Stellungnahmen, in denen Vorbehalte betreffend die Zweckdienlichkeit des Memorandumsentwurfs als Grundlage für künftige Diskussionen ausgedrückt wurden, enthielten insbesondere folgende Kritik des Memorandumsentwurfs.

- Der Memorandumsentwurf enthalte eine Anzahl von Missverständnissen hinsichtlich der Funktion und Anwendung des Patentschutzes auf dem Gebiet der Pflanzenbiotechnologie;

- Der Memorandumsentwurf widme den Revisionsvorschlägen zum Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen ("UPOV-Übereinkommen") keine hinreichende Aufmerksamkeit und prüfe nicht die Auswirkungen, die diese Vorschläge für das Patentsystem haben würden.

#### Missverständnisse betreffend den Patentschutz

7. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, die Niederlande (Patentamt), die Vereinigten Staaten von Amerika und das EPA vertraten den Standpunkt, dass der Vergleich im Memorandumsentwurf (insbesondere in den Absätzen 81, 86 und 87) zwischen dem Schutz, den jeweils das Sortenschutzsystem und das Patentsystem gewähren, den Patentschutz insofern falsch darstelle, als in diesem Vergleich ausgedrückt werde, dass sich Patentrechte "auf erfinderische Ideen beziehen, die von Natur aus abstrakt sind" (Memorandumsentwurf, Absatz 81). In diesen Stellungnahmen wurde darauf verwiesen, dass abstrakte Ideen nicht patentfähig seien. Patentschutz stehe vielmehr nur für Erfindungen zur Verfügung, die auf eine Weise beschrieben seien, dass eine fachkundige Person in der Lage sei, die Erfindung auszuführen und anzuwenden. Ferner müsse die Erfindung in den Merkmalen eines Erzeugnisses oder Verfahrens deutlich verkörpert sein, die in dem Patent klar und deutlich beansprucht sind. Es wurde erklärt, dass die Charakterisierung des Patentschutzes als in Verbindung mit abstrakten Ideen stehend dazu führe, Komplikationen in die Analyse des Verhältnisses zwischen Sortenschutz und Patenten einzuführen, die in der Praxis nicht bestünden.

8. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office) und die Vereinigten Staaten von Amerika waren der Auffassung, dass der Memorandumsentwurf dem Vorhandensein eines Ausschlusses von Pflanzensorten vom Patentschutz übermäßige Bedeutung beimesse und versäume, genügend auf die positive Erfahrung in Ländern hinzuweisen, in denen ein derartiger Ausschluss vom Patentschutz nicht vorgesehen sei. In diesen Stellungnahmen und auch in der Stellungnahme des EPA wurde hervorgehoben, dass in der Erläuterung der Gründe für den Ausschluss von Pflanzensorten in Artikel 53 b) des Europäischen Patentübereinkommens ("EPÜ") (siehe Memorandumsentwurf, Absätze 48 bis 51) die historische Tatsache, dass dieser Ausschluss vor der Entwicklung der Gentechnik und anderer moderner biotechnologischer Verfahren eingeführt wurde, nicht in angemessener Weise widergespiegelt würde. Die Vereinigten Staaten von Amerika erklärten ausserdem, dass die im Memorandumsentwurf (Absatz 51) vorgebrachten Argumente für eine weite Auslegung des Ausschlusses von Pflanzensorten vom Patentschutz nach dem EPÜ (Artikel 53 b)) auf der falschen Prämisse basierten, es gebe ein "allgemeines Prinzip, dass Technologie frei verwendet werden kann und dass infolgedessen Ausnahmen von der Patentierung weit ausgelegt werden sollten". Eine solche Prämisse stelle eine Negierung des gesamten Schutzsystems für geistiges Eigentum dar.

9. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), die Niederlande (Patentamt) und die Vereinigten Staaten von Amerika erklärten in ihren Stellungnahmen, dass der Memorandumsentwurf die Schwierigkeiten übertreibe, die sich bei der Anwendung der Voraussetzung der Nichtoffensichtlichkeit oder Erfindungshöhe auf Erfindungen in Verbindung mit Pflanzen ergeben hätten (siehe Memorandumsentwurf Absätze 31 Unterabsatz iv), 35, 56 und 81). Die Vereinigten Staaten von Amerika unterstrichen besonders, dass der Hinweis in Absatz 35 des Memorandumsentwurfs auf die "geringe Erfahrung" bei der Anwendung des Erfordernisses der Nichtoffensichtlichkeit im Lichte der vor allem in den letzten 25 Jahren gesammelten Erfahrung nicht länger als zutreffend gelten könne. Ausserdem wurde von Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office) hervorgehoben, dass die Schwierigkeit der Anwendung des Erfordernisses der

Nichtoffensichtlichkeit auf Erfindungen in Verbindung mit Pflanzen nicht anders sei als die Schwierigkeiten bei der Anwendung dieses Erfordernisses auf irgendeine andere komplizierte Technologie, wie zum Beispiel in der Metallurgie. Die Niederlande (Patentamt) stellten fest, dass der Memorandumsentwurf versäume, zwischen einerseits einem offensichtlichen Ergebnis zu unterscheiden, dessen Darstellung keine Erfindungshöhe beinhalte, und andererseits einem nicht offensichtlichen Weg der Verwirklichung dieses Ergebnisses, der Erfindungshöhe besitzen könne.

10. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), die Niederlande (Patentamt) und die Vereinigten Staaten von Amerika vertraten den Standpunkt, dass die Hinweise in den Absätzen 31 Unterabsatz v) und 60 des Memorandumsentwurfs auf die Schwierigkeit, eine hinreichende Beschreibung von Erfindungen in Verbindung mit Pflanzen zu geben, und die Schwierigkeit, die in bezug auf das Patentierbarkeitserfordernis der Wiederholbarkeit einer Erfindung aufgetreten sei, übertrieben seien. Die Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, dass die positive Beschreibung der objektiven Prüfung von Pflanzensorten im Sinne des Sortenschutzsystems, die in den Absätzen 38 bis 40 des Memorandumsentwurfs enthalten sei, unnötigerweise impliziere, dass das System der materiellen Prüfung im Patentsystem ausserstande sei, Erfindungen objektiv zu bewerten, und Rechtsunsicherheit verursache. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office) hob hervor, dass neue technische Verfahren, wie die Isozym-Analyse oder DNA-"Fingerabdrücke", entwickelt worden seien, die zur Erreichung einer ausreichenden und sicheren Beschreibung von Erfindungen in Verbindung mit Pflanzen beitrügen, und dass das Hinterlegungssystem als eine Ergänzung der schriftlichen Beschreibung eine Option biete, um die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Beschreibung und Wiederholbarkeit zu überwinden, der der Memorandumsentwurf nicht genügend Bedeutung beimesse.

11. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), die Vereinigten Staaten von Amerika und das EPA waren der Auffassung, dass der in Absatz 42 des Memorandumsentwurfs ausgedrückte Gegensatz zwischen der umfassenden Festlegung des Schutzzumfangs im Rahmen des UPOV-Uebereinkommens und dem Schutzzumfang im Rahmen des Patentsystems, "das Erfindern erlaubt, durch die freie Formulierung von Ansprüchen den Schutzzumfang zu spezifizieren," die tatsächliche Situation des Patentsystems ungenau darstelle. In diesem Zusammenhang wurde erklärt, dass Patentanmelder zwar Ansprüche frei formulieren könnten, Patente aber nur für Ansprüche gewährt werden könnten, die voll durch die Beschreibung gestützt seien, sowie für Erfindungen, die den strengen Erfordernissen der Neuheit, Erfindungshöhe und gewerblichen Anwendbarkeit oder Nutzbarkeit gerecht würden.

12. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office) und die Vereinigten Staaten von Amerika waren der Auffassung, dass die in den Absätzen 32, 41 und 56 des Memorandumsentwurfs enthaltenen Hinweise auf den unsicheren Anwendungsbereich des Grundsatzes der Rechtterschöpfung auf selbstreplizierbares Material die Rechtsprechung und Praxis in Ländern nicht berücksichtigt hätten, in denen es eindeutig zu sein scheine, dass der Grundsatz der Rechtterschöpfung nicht so stark vereinfachend auf selbstreplizierbares Material angewendet werden könne, um "die Wirkung zu haben, den Nutzen des Patents zu vernichten." (Memorandumsentwurf, Absatz 32). Insbesondere wurde in diesen Stellungnahmen angemerkt, dass die sachgerechte Auslegung von Patentrechten sowie die Bezugnahme auf die Absicht eines Patentinhabers, wenn er sein Erzeugnis auf den Markt bringe, gewährleisteten, dass Rechte aus dem Patent in bezug auf selbstreplizierbares Material durch das Inverkehrbringen dieses Materials nicht einfach vernichtet würden. Die Schweiz brachte in ihrer Stellungnahme zur Frage der Rechtterschöpfung zum Ausdruck, es sei zu wünschen, dass der Memorandumsentwurf den Vorschlägen zu dieser Frage mehr Aufmerksamkeit geschenkt hätte,

die vom Internationalen Büro der WIPO für den Sachverständigenausschuss für biotechnologische Erfindungen und gewerbliches Eigentum (Dokument BioT/CE/IV/3) in den Lösungsvorschlägen ausgearbeitet worden seien, sowie auch den Konsequenzen dieser Vorschläge.

#### Vorschläge zur Revision des UPOV-Uebereinkommens

13. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, Norwegen, die Vereinigten Staaten von Amerika und das EPA vertraten die Ansicht, dass der Memorandumsentwurf die Natur der Revisionsvorschläge für das UPOV-Uebereinkommen und die wahrscheinlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen auf das Patentsystem (siehe Memorandumsentwurf Absätze 89 bis 106) nicht in angemessener Weise behandle.

14. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, Norwegen, die Schweiz und das EPA machten besonders auf das Verbot des Doppelschutzes in Artikel 2 des UPOV-Uebereinkommens aufmerksam und bedauerten das Fehlen einer offenen Diskussion über die Vor- und Nachteile der Beibehaltung dieses Verbots.

15. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, Deutschland (Bundesrepublik), Norwegen, die Schweiz und das EPA machten Bemerkungen betreffend die Revisionsvorschläge für die Definition einer "Pflanzensorte" zum Zwecke des UPOV-Uebereinkommens.

16. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, Norwegen und das EPA äusserten erhebliche Zweifel betreffend die Erweiterung des Begriffs der Sorte mit dem Ziel, auch Pflanzenmaterial oder Teile von Pflanzen einzubeziehen, weil eine derartige Einbeziehung sich direkt auf die Anwendung bestehender Ausschlüsse von Pflanzensorten aus dem Patentschutz auswirken könnte. Sie hoben in ihren Stellungnahmen hervor, dass unter Pflanzenmaterial auch Gegenstände wie chemisch behandeltes Saatgut, undifferenzierte Gewebekulturen und Pflanzenzellkulturen verstanden werden könnten, die zur Zeit nach dem Recht vieler Länder als patentfähige Gegenstände betrachtet würden.

17. Die Schweiz bemerkte, dass die vorgeschlagene neue Definition der Pflanzensorte auf einer sehr umfassenden Konzeption beruhe, die nicht auf den im Sinne des UPOV-Uebereinkommens schutzfähigen Gegenstand beschränkt sei. Sie befürchtete, dass eine solche Definition einen Zwischenbereich zwischen dem, was nach dem UPOV-Uebereinkommen schutzfähig, und dem, was nach dem Patentsystem schutzfähig sei, schaffen könnte, wo kein Schutz möglich sein könnte.

18. Die Bundesrepublik Deutschland stellte fest, dass, wenn die Definition der Pflanzensorte nach dem UPOV-Uebereinkommen nicht die gleiche wie die Definition der Pflanzensorte zum Zwecke eines Ausschlusses vom Patentschutz sei, die Folge davon sein könnte, dass beide Schutztitel in Bezug auf Pflanzensorten verfügbar sein könnten. Infolgedessen würden gewisse Pflanzensorten, für die Patentschutz bereitstünde, einen umfassenderen Schutz erhalten und nicht den Ausnahmen vom Sortenschutz unterliegen, die aus Gründen der Landwirtschaftspolitik vorgesehen seien (beispielsweise die allgemein freie Verfügbarkeit einer Sorte als genetisches Ausgangsmaterial für die Züchtung neuer Sorten und das Prinzip der allgemeinen freien Verwendung des Ernteguts der Sorte für Konsum und Verarbeitung). Zudem hob sie hervor, dass sich im Falle einer Gewährung von Patentschutz für Teile von Pflanzen eine Situation ergeben könnte, in der einzelne Teile von Pflanzen einer Sorte einen weitergehenden Schutz haben würden als der, der zur Zeit im Rahmen des Sortenschutzes für die ganze Pflanze erteilt würde.

19. Das EPA lenkte die Aufmerksamkeit auf die Beziehung zwischen der Definition einer Pflanzensorte im UPOV-Uebereinkommen und einem Ausschluss von Pflanzensorten vom Patentschutz und bemerkte, dass die Einfügung von Teilen von Pflanzen in die Definition einer Sorte auch Teile von Pflanzen umfassen würde, die schon seit langem für gewerbliche Zwecke verwendet würden - wie zum Beispiel Zellen und Protoplasten - d. h. also Teile von Pflanzen, die nicht das ganze Genom der Pflanze enthielten, oder sogar DNA. Als eine Folge der neuen vorgeschlagenen Definition der Sorte hätte ein Ausschluss von Pflanzensorten vom Patentschutz die Wirkung, gewerblichen Tätigkeiten, die absolut nichts mit Pflanzensorten zu tun hätten, ein Sortenschutzsystem aufzuerlegen, das ungeeignet sei.

20. Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, Norwegen, die Schweiz, Ungarn, die Vereinigten Staaten von Amerika und das EPA äusserten ihre Besorgnis über die Revisionsvorschläge zum UPOV-Uebereinkommen betreffend die Abhängigkeit und die Isolierung von Züchterrechten von der Wirkung anderer gewerblicher Schutzrechtsformen (Artikel 5 Absätze 3 und 5) sowie über die Behandlung dieser Vorschläge im Memorandumsentwurf. Insbesondere wurde festgehalten, dass zwischen dem Sortenschutzsystem und dem Patentsystem ein Gleichgewicht gefunden werden müsse, das dem einen System gegenüber dem anderen System keine dominierende Position verleihe. Zudem wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Revisionsvorschläge zum UPOV-Uebereinkommen in dieser Hinsicht dazu neigten, die Ueberschneidung zwischen Sortenschutzrechten und Patenten als ein einzigartiges Problem zu behandeln, wogegen eine ziemlich analoge Ueberschneidung zwischen Geschmacksmusterschutz und Patentschutz und zwischen Geschmacksmusterschutz und Urheberrecht bestünde. Ausserdem wurde erklärt, dass grösseres Vertrauen, als in den Revisionsvorschlägen zum UPOV-Uebereinkommen zum Ausdruck komme, in das freie Wirken der Marktkräfte und in kommerzielle Verhandlungen gesetzt werden sollte, bevor staatliche Intervention beansprucht würde.

21. Die Bundesrepublik Deutschland unterstrich in bezug auf die Abhängigkeitsfrage, dass ein Erfinder zur Zeit eine geschützte Sorte auf der Grundlage des Züchternvorbehalts im Sinne des Sortenschutzgesetzes frei verwenden könne, um mittels genetischer Modifizierung eine neue Sorte zu schaffen. Demgegenüber könne der Züchter patentiertes Material nicht verwenden. Sie regte deshalb an, in Erwägung zu ziehen, ob der Züchternvorbehalt aufgegeben werden solle oder ob das Prinzip beibehalten werden und ein logisches System auf dieser Basis entwickelt werden solle, um ein angemessenes Gleichgewicht sowohl zwischen Patentinhabern und Züchtern (und umgekehrt) als auch zwischen Züchtern untereinander zu schaffen.

#### BEMERKUNGEN ZUR REGELUNG DES VERHAELTNISSES ZWISCHEN PATENTSCHUTZ UND SORTENSCHUTZ

22. Die von den Staaten eingegangenen Stellungnahmen bezogen sich zwar hauptsächlich auf den Memorandumsentwurf, sie enthielten aber auch eine Reihe von Äusserungen zu den wesentlichen Fragen, die das Verhältnis zwischen Patentschutz und Sortenschutz beeinflussen. Diese Äusserungen sind nachfolgend wiedergegeben.

#### Das Verbot des Doppelschutzes

23. Zur Frage des Doppelschutzverbots, das derzeit in Artikel 2 des UPOV-Uebereinkommens enthalten ist, vertraten Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Bulgarien, Finnland und die Vereinigten Staaten von Amerika den Standpunkt, dass das Verbot aufgehoben werden sollte.

24. Australien (Plant Variety Rights Office), die Schweiz und das EPA vertraten die Auffassung, dass das Verbot des Doppelschutzes und insbesondere seine Aufhebung eingehender geprüft werden müsse. Das EPA hob hervor, dass derzeitige Entwicklungen sowohl aus wirtschaftlicher als auch technischer Sicht Anlass zu Zweifeln gäben, ob die Ueberlegungen, die die Grundlage für das Verbot des Doppelschutzes bildeten, gegenwärtig noch relevant seien. Das EPA stellte fest, dass die Gentechnik in technischer Hinsicht die Mittel biete, gezielt die genetische Information von Pflanzen zu verändern, und dass derartige Veränderungen mit einer Regelmässigkeit erreicht werden könnten, die im Gegensatz zu traditionellen Sorten Ergebnisse bringe, die im Sinne des patentrechtlichen Erfordernisses der Wiederholbarkeit wiederholbar seien. Es erklärte, dass die Beseitigung des Doppelschutzverbots nicht zur Folge hätte, die UPOV-Verbandsstaaten zu zwingen, Patente für Pflanzensorten zu erteilen. Es sprach sich für das allgemeine Prinzip aus, demzufolge Schutzrechte des gewerblichen Eigentums und deren Bedingungen und Wirkungen nebeneinander bestehen würden, sowie auch für die Aufhebung des Doppelschutzverbots. Das Doppelschutzverbot könnte durch eine Regel ersetzt werden, derzufolge es nicht möglich wäre, gleichzeitig Patentschutz und Sortenschutz für den gleichen konkreten Gegenstand zu beantragen (oder zu kumulieren).

25. Norwegen war der Ansicht, dass das Doppelschutzverbot unter der Voraussetzung beibehalten werden sollte, dass die Definition der Sorte nicht erweitert würde, um Gegenstände einzuschliessen, die gewöhnlich als patentfähig gälten, wie zum Beispiel chemisch behandeltes Saatgut, undifferenzierte Gewebekulturen und Pflanzenzellkulturen.

26. Die Niederlande (Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Wirtschaftsministerium und Patentamt) vertraten den Standpunkt, dass das Verbot aufrechterhalten werden sollte, damit Pflanzensorten oder höhere Ordnungen als Sorten als solche nicht patentfähig seien.

27. Spanien erklärte, mit bestimmten Möglichkeiten einverstanden zu sein, um einen Doppelschutz für die gleichen Pflanzensorten durch Patente und durch Sortenschutz zu vermeiden.

#### Abhängigkeit

28. Zur Frage von möglichen Bestimmungen über die Abhängigkeit zwischen Sortenschutzrechten und Patenten vertraten Australien (Patent, Trade Marks and Designs Office), Finnland, Ungarn und das EPA den Standpunkt, dass man entweder grundsätzlich oder pragmatisch auf der Grundlage von Erfahrungen im Patentbereich davon ausgehen sollte, dass Streitigkeiten zwischen den Parteien beigelegt würden, und dass eine zwangsweise Beilegung eines Konflikts durch eine von einer staatlichen Behörde gewährte Abhängigkeitszwangslizenz nur in dem Falle erfolgen sollte, wenn es nicht gelinge, eine freiwillige Lizenz in Uebereinstimmung mit den üblichen Marktprinzipien zu schliessen, oder im Falle des eindeutigen Nachweises eines Rechtsmissbrauchs seitens einer der Parteien.

29. Australien (Plant Variety Rights Office), Neuseeland und Spanien waren der Auffassung, dass ein System der gegenseitigen Lizenzen zwischen Patenten und Sortenschutzrechten einer weiteren Prüfung bedürfe und unter gewissen (nicht spezifizierten) Bedingungen angenommen werden könne. Neuseeland bemerkte, dass freiwillige Lizenzen ermutigt werden müssten, weil sie zu einem Austausch von Know-how führten, und dass der Wert unfreiwilliger Lizenzen in der Ermutigung liege, eine Einigung durch freiwillige Lizenzen zu erreichen.



30. Die Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, dass in dieser Hinsicht keine Zwangsbestimmungen bestehen sollten, dass sich das Sortenschutzsystem und auch das Patentsystem vielmehr frei entwickeln können sollten und dass die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Rechten aus beiden Systemen den Parteien überlassen bleiben sollten.

31. Die Niederlande (Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei und Wirtschaftsministerium) waren der Auffassung, dass das Patentgesetz abgeändert werden sollte, um gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung die Erteilung von Zwangslizenzen an Patenten an Sortenschutzinhaber mit gegenseitiger Lizenzerteilung an Sortenschutzrechten an Patentinhaber zu erlauben.

#### Recherchendatei und Prüfung

32. Australien (Plant Variety Rights Office), Neuseeland und Spanien betonten die Notwendigkeit eines gegenseitigen Informationsaustausches zwischen Patent- und Sortenschutzämtern im Zusammenhang mit der Prüfung von Patent- und Sortenschutzanmeldungen und unterstrichen, dass eine Datenbank für Pflanzensorten wertvoll sei (ohne jedoch anzudeuten, dass eine derartige Datenbank die praktische Prüfung ersetzen könnte, die für Pflanzensorten erforderlich ist).

[Ende des Dokuments]